

**E 001 Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Kongresses:  
**Angenommen**

**Energieeffizienz, Klimaschutz, gerechte Ressourcenverteilung und ökologischer Strukturwandel: Beiträge für Arbeit, Umwelt und Frieden in der Welt**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich in seinem Grundsatzprogramm von 1996 zu einer sozialen und ökologischen Reformstrategie bekannt. Wesentliche Ziele dieser Nachhaltigkeitsstrategie sind:

- ein qualitativ hochwertiges Wachstum sicher zu stellen,
- Wohlstand und Ressourcen sozial und gerecht zu verteilen,
- die gesellschaftliche Infrastruktur sozial gerecht zu finanzieren
- und den strukturellen Wandel auf mehr qualitativ hochwertige, humane und sicherere Arbeitsplätze auszurichten.

Sowohl der globale Frieden als auch der Schutz und die gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen der Erde können dauerhaft nur auf der Basis nachhaltiger Entwicklung gesichert werden. Der Klimaschutz, eine gerechte Wasserversorgung und die Deckung des erwarteten Rohstoff- und Energiebedarfs gehören zu den wichtigsten und ehrgeizigsten Herausforderungen der Gegenwart. Mit einer effizienten globalen Rohstoff- und Energiepolitik können die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, das Klima geschützt und mit innovativen und produktiven Energietechniken zukunftsfähige Beschäftigungsfelder geschaffen werden.

Bereits heute verbraucht die Welt alle zwölf Tage eine Milliarde Fass Öl. Von den über sechs Milliarden Menschen auf unserem Globus verfügen heute etwa eine Milliarde Menschen über einen ähnlichen Zugang zur Energie wie wir, zwei Milliarden hingegen über so gut wie keinen. Dies stellt global eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten dar.

Europa steht in Sachen Energiepolitik vor gewaltigen Herausforderungen. Gerade der jüngste Preisanstieg bei Öl und Gas zeigt auf, wie stark Europa von Energieimporten abhängig ist. Im Jahre 2003 haben die 15 EU-Mitgliedsstaaten 80 % ihres Öl- und 49 % ihres Erdgasbedarfs über Importe gedeckt. Die Tendenz ist steigend. Dabei gilt: 1 US-\$ mehr pro Fass Rohöl verteuert die Öl- und Gasrechnung der deutschen Volkswirtschaft um 1 Mrd. EUR.

Die Entkoppelung von Öl- und Gaspreisen ist angesichts veränderter Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten zu prüfen.

Auch wenn die Ölpreise angesichts der hohen Ölbestände aktuell übertrieben hoch erscheinen, ist langfristig mit im Vergleich zu früheren Jahren steigenden Ölpreisen zu rechnen. Die Endlichkeit der Ressource Öl unterstreicht die Notwendigkeit einer Politik der „Energiewende“ und der weiteren Erschließung der Potenziale regenerativer Energieträger.

Der rasante Ölpreisanstieg ist ein untrügliches Zeichen für die Jagd der Nationen nach Energie und Rohstoffen, genauso wie der durch den weltweiten Stahlboom ausgelöste Run auf Erz und Kohle. Zur weltweiten Stromerzeugung trägt Kohle heute stärker bei als Öl und Erdgas zusammen. Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch rohstoffabhängige Technologie-Regionen wie die USA, Europa und Japan setzen auf Kohle, weil sie anders als Öl und Erdgas im Langzeitvergleich preisstabiler ist und aus Regionen kommt, die als politisch gefestigter gelten als der Nahe Osten oder Afrika. Der weltweit größte Kohleproduzent China wandelt sich vom Exporteur zum Netto-Importeur. Trotz des weiteren Ausbaus der Förderung wird in China schon vor einer Verknappung gewarnt. Gehen die Ausfuhren weiter zurück – wie dies bereits beim Koks der Fall ist – wird das nach Einschätzung vieler Experten zu erheblichen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt führen.

Die globalen Rahmenbedingungen der Rohstoffversorgung haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Eine sichere und effiziente, aber auch gerechte Rohstoffversorgung ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer hochtechnologischen Industrienation wie Deutschland, die von der Umwandlung von Rohstoffen in anspruchsvolle Investitions- und Konsumgüter lebt. Neue große Nachfrageländer wie China und Indien dringen auf die Rohstoffmärkte; zugleich wird der Kreis der Rohstofflieferanten kleiner. Einstige Exporteure wie z. B. Großbritannien werden in den nächsten Jahren zu Importeuren bei Öl und Gas. Von existentieller Bedeutung für die deutsche Industrie ist auch die Versorgung mit Nicht-Eisen-Metallen wie Aluminium (neben Kupfer

mengenmäßig am bedeutsamsten), Magnesium, Zink und Zinn. Für nicht rostende oder Spezialstähle sind Chrom, Molybdän, Vanadium, Nickel, Mangan und Wolfram notwendig.

Nachhaltige sozial und ökologisch ausgerichtete Innovationsstrategien können zu erheblichen positiven Beschäftigungswirkungen führen. Produkte und Verfahren sollen nicht nur schadstoffarm sein, sie müssen den Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Flächen so gering wie möglich halten. Dies ist das Qualitätskriterium für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Es ist zugleich Qualitätskriterium für Wettbewerbsfähigkeit moderner Volkswirtschaften. Denn die Nachfrage nach energieeffizienten Gütern und Dienstleistungen wird in Zukunft steigen. Eine nachhaltige Energiepolitik ist moderne Industriepolitik, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit sichert. Technologische Einzelinnovationen allein werden dabei nicht ausreichen. Die ökonomische und ökologische Entwicklung der Rohstoff- und Energiewirtschaft hängt nicht nur von der Innovation der Techniken und Produkte, sondern auch von der Innovation der Prozesse und Strukturen ab. Gerade im Klimaschutz bestehen enorme Innovationspotentiale für eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere in den Bedarfsbereichen Infrastruktur, Energie, Mobilität sowie Wohnen und Konsum. Wesentlich sind Innovationen für die Energieeinsparung, zur effizienteren Nutzung von Primärenergien sowie zum Ausbau regenerativer Energieträger. Notwendig hierfür ist eine Einbeziehung von Verbraucherinnen und Verbrauchern durch Anreize für einen nachhaltigen Konsum.

Die neue Bundesregierung setzt in ihrem Koalitionsvertrag auf Klimaschutz und Energiemix. Sie benennt prinzipiell die richtigen Instrumente, mit denen sie ihre Ziele erreichen will. Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt diese Politik und fordert im Einzelnen von Politik und Wirtschaft:

### **Energie- und rohstoffpolitisches Gesamtkonzept**

- Im Hinblick auf die enormen Klimaschutzanforderungen und die weltweit knapper werdenden Ressourcen an Rohstoffen und fossilen Energieträgern fordert der DGB die Bundesregierung auf, ein rohstoff- und energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, das sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit - Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Beschäftigungssicherung - orientiert.
- Heimische Energieträger - wie Kohle und erneuerbare Energien - müssen zur Stärkung der Versorgungssicherheit und zur Sicherung von Arbeitsplätzen einen höheren Stellenwert bekommen. Technologischer Wandel und Innovationen im Energiesektor sind aus Sicht des DGB Voraussetzungen für zukunftsfähige Beschäftigung. Innovative ressourcen- und klimaschonende Fertigungstechniken bilden die Grundlage für wettbewerbsfähigen Technologie- und Wissensexport.
- Der DGB fordert verstärkte Aktivitäten von Bundesregierung und Wirtschaft, mit friedlichen Mitteln eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung zu fairen Preisen zu gewährleisten. Für eine verlässliche Energie- und Rohstoffversorgung braucht unsere Industriegesellschaft sichere und politisch stabile Lieferländer. Der Rohstoffreichtum dieser Länder muss auf Dauer auch den Rohstoffländern selbst zu Gute kommen. Nur so lässt sich eine weltweite friedensstiftende Entwicklung gewährleisten. Dabei geht es vor allem um Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch Afrika, das neben anderen Bodenschätzen über beträchtliche Reserven an leichtem, schwefelarmen Erdöl verfügt.
- Der DGB fordert die Bundesregierung dazu auf, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Stabilität und Funktionsfähigkeit von Märkten für die lebensnotwendige Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft mit friedlichen Mitteln zu sichern und auszubauen.
- Der DGB fordert ein Konzept für eine langfristige Rohstoffsicherung, so dass Rohstoffabbau, Naturschutz und soziale Entwicklung keine Gegensätze mehr sind. Neue Verbrauchernationen haben ebenso wie nachfolgende Generationen ein Recht auf ihren Anteil an den Rohstoffvorräten der Welt.
- Angesichts der Tatsache, dass hinter den hohen Öl- und Strompreisen im beträchtlichen Umfang auch spekulative Elemente stehen, fordert der DGB mehr Markttransparenz, um mit präziseren Informationen über tatsächliches Angebot, Nachfrage und Preisgestaltung spekulativen Elementen den Boden zu entziehen.
- Die Liberalisierung des europäischen Energie-Binnenmarktes hat die Senkung der Energiepreise durch stärkeren Wettbewerb und Handel im Blick. Dabei darf jedoch die Versorgungssicherheit mit Energie nicht gefährdet werden, denn ihr kommt sowohl wirtschaftliche als auch strategische Bedeutung zu. Die Anwendung des Kartell- und Energiewirtschaftsrechtes muss in gleichem Maße den Zielen Preiswürdigkeit, Versorgungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz und Beschäftigungssicherung verpflichtet werden. Eine Erhöhung der Gesamtfaktorproduktivität auf gesamtwirtschaftlicher Ebene muss dem Erfordernis der Verteilungsgerechtigkeit genügen. Die deutsche Energie- und Rohstoffwirtschaft müssen ihren Beitrag zur Preisstabilität leisten.
- Das im Jahr 2005 neu geregelte Energiewirtschaftsrecht sieht die rechtliche Entflechtung integrierter Unternehmen und die Regulierung der Netzentgelte durch eine Bundesnetzagentur vor. Die zukünftig vorgesehene Methode der Anreizregulierung der Netzentgelte ist so auszugestalten, dass neben den Vorgaben zu Effizienzsteigerung auch geeignete Anreize dafür geschaffen werden, ausreichende

Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Netze zu tätigen, Umwelt- und Klimaschutz zu optimieren, Beschäftigung zu generieren, Tarifvereinbarungen, betriebliche Standards und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Der DGB fordert, dass die Effizienzgewinne nicht alleine von der deutschen Wirtschaft vereinnahmt werden, sondern über Preissenkungen an die Verbraucher weitergereicht werden.

### **Nachwachsende Rohstoffe und heimische Ressourcen**

- Der DGB fordert die Bundesregierung auf, die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten zu minimieren. Deutschland verfügt im wesentlichen nur über Kohle, Kali und Salz und ist bei bestimmten Rohstoffen wie Öl, Gas und Metallen dauerhaft von Einfuhren abhängig. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit der Industrie Alternativen zu Rohstoffimporten zu entwickeln.
- Im Energiebereich kann diese Abhängigkeit durch den weiteren Ausbau regenerativer Energieträger langfristig verringert werden, ebenso wie durch die effiziente und umweltgerechte Nutzung der umfangreichen Vorräte an Stein- und Braunkohle. Neue Kohlekraftwerke werden im Zuge des Reinvestitionszyklus mit dem jeweils höchsten technisch erreichbaren Wirkungsgrad realisiert, bei ökonomisch vertretbaren Kosten. Der Ersatz alter durch neue Kraftwerke mit deutlich höherem Wirkungsgrad spart Kohlendioxid und ist mithin ein Beitrag zum Klimaschutz. Dies gilt insbesondere dann, wenn Potenziale der Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung (KWK) vollständig genutzt werden. Durch ein konsequentes clean-coal-Konzept muss die Nutzung der Kohle weiter optimiert werden.
- Auch wenn realistisch betrachtet Öl auf absehbare Zeit der wichtigste Rohstoff für die chemische Industrie bleiben wird, haben nachwachsende Rohstoffe ein großes Potenzial als Grundstoff in der Chemieindustrie und können rohölbasierte Produktionen ersetzen. Nachwachsende Rohstoffe decken bereits heute rund 10 % des Bedarfs, etwa für Schmier-, Kunst- oder Dämmstoffe. Bundesregierung und Wirtschaft müssen ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in diesem Bereich spürbar verstärken.
- Der Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch muss erheblich erhöht und die Entwicklung innovativer Antriebstechnologien konsequent weiter ausgebaut werden. Der DGB fordert von der Bundesregierung eine gesetzliche Flankierung, beispielsweise durch eine angemessene steuerliche Förderung von Biokraftstoffen und durch eine Beimischungspflicht.

### **Klimaschutz**

- Ein Nachlassen im Klimaschutz würde im offensichtlichen Widerspruch zu neuen Erkenntnissen der Klimaforschung stehen. Deutschland muss weiter große Anstrengungen für die Erreichung der Klimaschutzziele unternehmen. Nach Ansicht des DGB gehören Energieeffizienz und klimaschonende Maßnahmen zusammen. Wir müssen den Klimawandel bremsen und in einer globalisierten Ökonomie mit einer wachsenden Nachfrage nach sehr begrenzten Rohstoffen wettbewerbsfähig bleiben. Ein messbarer Erfolg der internationalen Klimaschutzpolitik steht nach wie vor aus; deshalb muss der politische Prozess intensiviert werden, damit weitere Länder in die Weiterentwicklung der Kyoto-Ziele einbezogen werden können.
- Deutschland hat vorgeschlagen, dass sich die EU im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen zur Reduzierung ihrer Treibhausgase bis 2020 um 30 % gegenüber 1990 verpflichtet. Der DGB fordert, dass sich Deutschland unter dieser Voraussetzung zu einer Reduktion um 40 % verpflichtet.

### **Ressourceneffizienz**

- Ein wichtiger Beitrag zu einer sicheren Rohstoffversorgung ist der sparsame Umgang mit den Ressourcen. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, über Rahmenbedingungen eine Verdopplung der Energie- und Rohstoffproduktivität in Deutschland bis zum Jahr 2020 sicher zu stellen.
- Die energetische Sanierung von Gebäuden ist ein zentraler Hebel, die Energieeffizienz kräftig zu steigern. Da jährlich im Schnitt nur 0,5 % aller Altbauten energetisch modernisiert werden, bräuhete man hierfür 200 Jahre. Viele der Sanierungsmaßnahmen werden vom lokalen Handwerk durchgeführt, sind also beschäftigungsintensiv. Von daher ist vor allem die örtliche und regionale Verbreitung energieeffizienter Sanierungsmaßnahmen von großer beschäftigungspolitischer Bedeutung. Je bekannter die Technologien und je einfacher die Anwendung der einzelnen Komponenten beim Verbraucher, umso schneller kann der Energieverbrauch in großem Maßstab gesenkt werden. Gleiches gilt für dezentrale Energieerzeugungsanlagen als auch für Einbau, Wartung und Reparatur regenerativer Energiesysteme. Der DGB unterstützt das Förderprogramm der Bundesregierung zur energetischen Gebäudesanierung und fordert, dieses weiter auszubauen.
- Programme der EVU zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung für die kleine und mittlere Industrie

und Gewerbe und für Haushalte sind im Zuge der Liberalisierung vielfach wegen fehlender Wirtschaftlichkeit eingestellt worden. Sie müssen wieder möglich werden. Für geeignet hält der DGB die Einrichtung eines nationalen Energiesparfonds in ausreichender Höhe. Aus dem Fonds erhalten Energiedienstleister (EVU, Energieagenturen, private Anbieter) finanzielle Unterstützung, wenn sie Energiesparberatung und Energiespardienste durchführen.

### **Energiemix**

- Zentrales Instrument für die Weiterentwicklung einer Energiestrategie ist ein langfristiger, nachhaltiger Energiemix. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, mit ambitionierten Zielen und Fördermaßnahmen den Energiemix auf die Gleichwertigkeit der Ziele Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltschutz, insbesondere CO<sub>2</sub>-Reduzierung, auszurichten.
- Alle Energieträger müssen so effizient wie möglich eingesetzt werden, um Kosten zu reduzieren und Umwelt und Klima zu schonen. Jede Maßnahme zur effizienteren Energienutzung in Deutschland ist ein Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung, auch weil dadurch Brennstoffimporte nicht weiter ansteigen.
- Die Bundesregierung muss der Energiewirtschaft verlässliche und eindeutige Rahmenbedingungen über den künftigen Energiekurs an die Hand geben, damit notwendige Investitionen abfließen können.
- Beschäftigungsprobleme, die mit dem strukturellen Wandel der Energie- und Bergbauwirtschaft entstehen können, müssen sozialverträglich gelöst werden.

### **Erneuerbare Energien**

- Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll bis 2020 auf mindestens 20 Prozent und auf mindestens 10 Prozent am Gesamtenergieverbrauch steigen. Bis zum Jahr 2050 sollte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bei 50 Prozent liegen.
- Der DGB fordert die Bundesregierung auf, die ambitionierten Ziele für einen nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verfolgen. Erneuerbare Energien sind heimische Energieträger zur Strom- und Wärmezeugung. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat sich bei der Förderung der erneuerbaren Energien bewährt und ist als Förderinstrument fortzuführen. Es ist bis 2007 hinsichtlich ökologischer und ökonomischer Wirksamkeit zu überprüfen. Dabei müssen insbesondere Degression und Anlagenförderdauer der tatsächlichen Entwicklung der Erzeugungskosten angepasst werden, um die Markteinführung der erneuerbaren Energien zu beschleunigen.
- Grundlastfähige erneuerbare Energien in der Stromerzeugung - wie Geothermie oder Biomassenutzung - sind stärker zu fördern.
- Der DGB fordert, die Marktpotenziale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich durch die Fortschreibung des Marktanreizprogramms und durch die Entwicklung eines Gesetzes zur regenerativen Wärmenutzung besser zu erschließen. Anlagen regenerativer Energien in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung sind besonders zu fördern.

### **Traditionelle Energieträger**

- Traditionelle Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas müssen effizient und umweltgerecht in Strom umgewandelt werden. Der DGB fordert die Energiewirtschaft auf, den Kraftwerkspark zu modernisieren und zu erneuern sowie auf Effizienz der Energieausbeute auszurichten.
- Energieeinsparpotentiale auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite müssen ausgeschöpft werden.
- Der Ausbau von dezentralen Kraftwerken und von hocheffizienten KWK-Anlagen muss gefördert werden. Das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz ist entsprechend weiter zu entwickeln.

### **Kernenergie**

- Der DGB trägt die bisherigen Beschlüsse des Energiekonsenses zum langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie mit.
- Die Endlagerung der radioaktiven Abfälle ist in nationaler Verantwortung von der Bundesregierung zusammen mit der Atomwirtschaft in dieser Legislaturperiode einer Lösung zuzuführen.

## **E 002 IG Bergbau, Chemie, Energie, IG Metall**

Beschluss des DGB-Kongresses:  
**Angenommen in geänderter Fassung**

### **Industriepolitische Perspektive 2010**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der industrielle Sektor als Verbund von Industrie, industrienahen Dienstleistungen und Energiewirtschaft, erfüllt wichtige wachstums- und beschäftigungspolitische Funktionen. Er versorgt die Unternehmen und die Bevölkerung mit hochwertigen Rohstoffen, Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern. Der Industriesektor ist wegen vielfältiger Verflechtungen mit anderen Wirtschaftsbereichen unverzichtbar für Wachstum, Beschäftigung und für die soziale Sicherheit in unserem Land.

Die Zukunftsperspektiven für den Industrie- und Energiestandort Deutschland sind auch unter den Bedingungen der Globalisierung sehr gut. Deutschland ist international wettbewerbsfähig sowohl für die industrielle Produktion als auch für industrielle Dienstleistungen. Der Erfolg des industriellen Sektors beruht in hohem Maße auf seiner Einbindung in die globale Wirtschaft.

Die Zukunftsperspektiven der Industrie und Energiewirtschaft müssen gesichert werden. Dazu ist eine aktive Industrie- und Energiepolitik notwendig.

Der DGB fordert deshalb von Unternehmen, Europäischer Union, Bundes- und Landespolitik

- das Wachstum der industriellen Branchen zu stärken,
- die Industriebeschäftigung zu sichern und auszubauen und
- den Industriesektor insgesamt für den internationalen Wettbewerb weiterzuentwickeln und zu fördern.

Es ist ständige Aufgabe von Politik und Sozialpartnern, die Industrie durch optimale ökonomische und sozial gerechte Rahmenbedingungen zu stärken.

### **Globalisierung und Erweiterung der Europäischen Union gerecht gestalten**

Die Globalisierung und die Erweiterung der Europäischen Union eröffnen den Unternehmen einerseits neue Chancen für Investitionen, Innovationen, zusätzliche Produktionen und vermehrte Beschäftigung. Globalisierung und EU-Erweiterung verschärfen andererseits in vielen Fällen die Risiken für die Beschäftigten, wenn die Unternehmen sich aufgrund unterschiedlicher und teilweise unfairer wirtschaftspolitischer Wettbewerbsbedingungen europäisch oder weltweit neu strukturieren, Produktionen und Betriebe verlagern, die Arbeitslosigkeit zunimmt und der Sozialstaat unter Druck kommt.

Die Industriepolitik der Europäischen Union muss deshalb den strukturellen Wandel aktiv begleiten und fördern, für faire Wettbewerbsbedingungen in ganz Europa sorgen und die Entwicklung vorhandener Industriestandorte unterstützen. Für die Globalisierung der Wirtschaft muss es ökonomische, soziale und ökologische Leitplanken geben, die durch Politik und Sozialpartner zu gestalten sind.

Der DGB fordert deshalb von der Europäischen Union und der Bundesregierung:

- eine Ausrichtung der sog. Lissabon-Strategie der Europäischen Union auf die Förderung von Wachstum, Nachfrage und Beschäftigung. Eine einseitige Orientierung auf die Wettbewerbsfähigkeit ist nicht zielführend;
- eine aktive europäische Industriepolitik der erweiterten Europäischen Union zu entwickeln;
- Lohn-, Umwelt-, Steuer- und Sozialdumping zu verhindern und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt in Europa anzustreben;
- eine harmonisierte Steuerpolitik in der Europäischen Union zu entwickeln, um so den „Steuerwettlauf“ um immer geringere Steuern zu beenden. Steuerpolitische Fehlanreize für arbeitsplatzvernichtende Verlagerungen von Betrieben zwischen einzelnen Ländern der Europäischen Union müssen verhindert und gleichzeitig die Finanzierung gesellschaftlicher Leistungen (Infrastruktur, Bildung, Forschung, soziale Sicherung) gesichert werden;

- x. die Wettbewerbsregeln für den Welthandel strikt zu überwachen und die konsequente Verfolgung von Wettbewerbsverstößen zu gewährleisten, insbesondere in dumping-gefährdeten Sektoren;
- x. internationale Spekulationen zu kontrollieren und zu begrenzen sowie ein störungsfreies internationales Finanzwesen und eine sozialverantwortliche Politik von Internationalem Währungsfonds und Weltbank einzufordern und zu gewährleisten;
- x. europaweite Rahmenbedingungen im Umweltbereich, durch die vorbildlich und gleichgewichtig soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit erreicht wird;
- x. unter Mitwirkung der Gewerkschaften verbindliche Sozial- und Umweltstandards für den Welthandel und für Direktinvestitionen einzuführen.

### **Industriesektor fördern und sozial ausgestalten**

Der DGB fordert von Bund, Ländern, Gemeinden

- die hochwertige Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und auszubauen, zum Beispiel im Bildungsbereich, im Verkehrswesen sowie im Energie- und im Umweltbereich;
- eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Industriesektors zu fördern;
- den strukturellen Wandel sozialverträglich zu gestalten, unvermeidbare Anpassungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen in den Unternehmen und Industriebranchen mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wirksam zu flankieren;
- den „Aufbau Ost“ konsequent fortzusetzen;
- Arbeitnehmer- und Mitwirkungsrechte der Bürger zu sichern;
- bürokratische Investitionshemmnisse und Innovationsbarrieren abzubauen;
- wachstums- und beschäftigungsförderliche Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Unternehmen, zu entwickeln. Dazu gehört eine wirksame Risikokontrolle und Registrierung von „Private-Equity-Fonds“.
- eine wirksame Umwelt- und Verbraucherpolitik sicher zu stellen und damit die Akzeptanz der Industrie in der Bevölkerung zu fördern,
- die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie mit intensiveren staatlichen Forschungsaktivitäten zu fördern;
- eine umfassende Innovationsoffensive zu starten, die besonders der Produkt-, Prozess- und Qualifikationsentwicklung der Industrie dient.

### **Beschäftigung erhalten, Einkommen sichern, Bildung verstärken**

Die herausragende Stellung der Industrie am Standort Deutschland beruht auf der hervorragenden Basis einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft. Der DGB fordert deshalb deutlich höhere Investitionen in die Ausbildung junger Menschen sowie innovative Konzepte für die betriebliche Fort- und Weiterbildung. An der positiven Entwicklung der Industrie müssen die Arbeitnehmer durch sichere und steigende Beschäftigung und leistungsgerechte Einkommen teilhaben. Die Unternehmen sind Teil der Gesellschaft und müssen deshalb sozialverantwortlich geführt werden. Einseitige und überwiegend auf Rendite orientierte „Shareholder-Value-Strategien“ der Unternehmen müssen durch nachhaltige Strategien ersetzt werden, die die Leistungsfähigkeit und Beschäftigung in den Unternehmen langfristig sichern und ausbauen. In diesem Zusammenhang ist sowohl die betriebliche als auch die Unternehmensmitbestimmung unverzichtbar.

**E 003            TRANSNET, ver.di**

Beschluss des DGB-Kongresses:  
**Angenommen in geänderter Fassung**

**Verkehrspolitik des DGB  
Verkehr und Beschäftigung - Mobilität human gestalten**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB muss sich stärker in die verkehrspolitische Debatte und Gestaltung auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene einbringen. An die Politik auf diesen Ebenen erhebt der DGB Anspruch stärker in den politischen Dialog einbezogen zu werden. Dabei muss die Politik ihre Rolle im Rahmen der Daseinsvorsorge wahrnehmen und an neue Herausforderungen anpassen.

**1. Die Verkehrspolitik muss einen höheren Stellenwert bekommen**

Der DGB fordert von der Politik eine bürgernahe und beschäftigungsorientierte Verkehrspolitik in Deutschland.

Die Mobilität von Personen und Gütern stellt einen bedeutenden gesellschafts-, beschäftigungs-, umweltpolitischen und wirtschaftlichen Faktor dar. Zudem wird den Erwerbstätigen sowie den Auszubildenden und Studierenden eine hohe räumliche Mobilität abverlangt. Politisch wird der Verkehrspolitik bisher nicht der gebührende Stellenwert eingeräumt.

Die Verkehrspolitik steht vor einer entscheidenden Weichenstellung. Dies bezieht sich insbesondere auf die Rolle des Staates. Soll der Staat als steuernder Akteur weiter auftreten, oder soll er sich sukzessiv aus dem Geschehen zurückziehen und Marktprozesse lediglich moderieren, nachvollziehen und verkünden? Der DGB ist der Auffassung, dass staatlichem Handeln im Sinne der Daseinsvorsorge, im Sinne der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen und im Sinne der Erhaltung und Schaffung einer intakten Umwelt ein bedeutender Stellenwert beizumessen ist.

Die Aufgabe der Daseinsvorsorge muss sich an den übergreifenden wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Interessen orientieren und darf nicht statisch gesehen werden. So können auch neue Handlungsfelder hinzutreten. So ist es aus heutiger, globaler Problemsicht – also vor dem Hintergrund von Klimawandel und erforderlichem ressourceneffizienten, nachhaltigem Wirtschaften – gesellschaftlich nützlich, durch staatliche Kofinanzierung und Rahmensetzung besonders die Verkehre umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu stabilisieren und für breite Bevölkerungsschichten erschwinglich zu machen.

Staatliches Handeln muss auf dem Dialog mit den handelnden Akteuren aufbauen. Der Dialog darf sich nicht nur auf die Wirtschaftsseite beschränken. Dem Dialog mit den Gewerkschaften muss ein zentraler Stellenwert eingeräumt werden. Auch Umweltverbände müssen zur Wahrung einer nachhaltigen Perspektive verstärkt in den Dialog einbezogen werden. Der Dialog muss dabei handlungsorientiert ausgerichtet sein. Diese Handlungsorientierung muss verstärkt aus der Definition verkehrspolitischer Ziele wie der gesellschaftlich wünschenswerten Verkehrsentwicklung, der Erreichung wirtschaftlicher Ziele, der Verringerung der Umweltbelastung und der Sicherung und Weiterentwicklung sozialer Standards bestehen.

Ohne anspruchsvolle Sozial-, Qualitäts- und Umweltstandards droht Wettbewerb zu einem Dumpingwettbewerb auf Kosten der Beschäftigten, der Kunden und der Umwelt zu verkommen.

Die Standortverlagerung von Verkehrsgewerbe nach Malta und Zypern zeugt von politischen Versäumnissen, die Dumpingpraktiken noch verschärft.

**2. Unser Ziel ist eine bezahlbare, bürgernahe und soziale Verkehrspolitik**

Die Verkehrspolitik auf nationaler und europäischer Ebene lässt sich seit Jahren von der Vorstellung leiten, dass "Wettbewerb über alles" der bessere Maßstab sei. Der Weg der Deregulierung von Arbeitnehmerschutzvorschriften wird seit Jahren beschritten. Der Abbau von bisherigen Schutzvorschriften ist letztendlich nichts anderes als die Absicht Kosten über die Verschlechterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu senken und die Rendite zu erhöhen.

Der Wettbewerb darf nicht nur an Gewinnmaximierungsinteressen der Unternehmen gemessen werden, sondern muss weitere wichtige Elemente wie Umweltschutz, Sicherheitsbestimmungen, bessere Sozialbedingungen und eine höhere Dienstleistungsqualität beinhalten. Die Bedürfnisse der Bevölkerung für bezahlbare und bürgernahe

Verkehrspolitik haben Vorrang. Ein Dumpingwettbewerb auf Kosten der Beschäftigten, Nutzer und Fahrgäste wird von den DGB-Gewerkschaften entschieden abgelehnt.

Der DGB fordert:

- Die Durchsetzung sozialer Mindeststandards, die für alle Beschäftigten der verschiedenen Verkehrsträger die gleiche Qualität haben müssen. Wettbewerb darf nicht auf der Basis von Sozialdumping stattfinden. Hierzu gehört insbesondere die verpflichtende Einhaltung tarifvertraglicher Standards. Selbstständige FahrerInnen oder Beschäftigte in Arbeitnehmerüberlassung dürfen nicht schlechter behandelt werden als angestellte ArbeitnehmerInnen der Transportunternehmen.
- Unternehmen dürfen nicht von staatlichen Aufträgen und staatlicher Förderung profitieren, wenn sie gegen gesetzliche Schutzregelungen für ArbeitnehmerInnen verstoßen oder Lohndumping betreiben.
- Arbeitszeit-, Arbeitsschutz und Verkehrssicherheitsvorschriften müssen wirksam durchgesetzt werden.
- Sicherung und Ausbau der Qualifikation der Beschäftigten. Angestrebt werden muss die Schaffung von Mindestausbildungsniveaus und eine Ausbildungsquote, die die Qualität des Mobilitätssektors nachhaltig sichert. Marktakteure, die nicht ausbilden, müssen über eine entsprechende Abgabe an der Finanzierung beteiligt werden. Bessere Kenntnisse über technische Abläufe, aber auch über Verhaltenskodices und Gesundheitsbewusstsein müssen intensiver vermittelt werden.

### **3. Unser Ziel ist ein nachhaltiges Verkehrssystem – mehr Ökologie wagen**

Wir haben die Pflicht unsere Ressourcen für die nachkommenden Generationen zu schonen. Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung, Lärmbelästigung und Flächenverbrauch sowie Zersiedlungen sind zu reduzieren. Eine nachhaltige Verkehrspolitik ist für alle Menschen, die entweder als ArbeitnehmerInnen, als VerkehrsteilnehmerInnen oder durch die Umweltbelastungen von den Auswirkungen des Verkehrs betroffen sind, im Sinne einer Ausgewogenheit zwischen den ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten anzustreben.

Der DGB bekennt sich ausdrücklich zu den klimapolitischen Zielen von Kyoto.

**E 004 IG Metall**

Beschluss des DGB-Kongresses:  
**Angenommen**

**Gewerkschaftliche Mittelstandspolitik**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Aufgrund des wirtschaftlichen Wandels werden mehr kleinere Betriebseinheiten hervorgebracht. Diese reichen von ICH-AG's bis zu ausgesourcten Betriebsteilen großer Konzerne oder dynamisch gewachsener Mittelständler zu Unternehmensgruppen sowie Fusionen. Gerade der Mittelstand wird von Wirtschaftsverbänden und Politik sowie neoliberalen Think-tanks instrumentalisiert, um einen hemmungslosen Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen und demokratischen Errungenschaften einzufordern.

Deshalb ist es notwendig, dass sich die Gewerkschaften stärker in die mittelstandspolitische Debatte einmischen. Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in KMU prägen die Arbeits- und Lebensbedingungen des überwiegenden Teils der bundesdeutschen Bevölkerung. Für die soziale und demokratische Weiterentwicklung der Gesellschaft kommt einer gewerkschaftsorientierten Mittelstandspolitik somit eine Schlüsselfunktion zu. Mittelstandspolitik darf deshalb nicht als Klientelpolitik für mittelständische Unternehmer missbraucht werden. Im Mittelpunkt müssen vielmehr statt egoistischer Unternehmerinteressen die Entwicklungsbedingungen der Unternehmen und der in ihnen arbeitenden Menschen stehen.

Folgende Handlungs- und Themenfelder sind für eine gewerkschaftliche Mittelstandsarbeit relevant:

- Einflussnahme auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Unternehmensentwicklung durch „mehr Demokratie im Betrieb“
- Entwicklung eines innovations- und beteiligungsfördernden Arbeitsklimas und -umfeldes
- Sicherung und Verbesserung von Arbeits-, Arbeitszeit- und Entlohnungsbedingungen
- Zugang und Förderung beruflicher Weiterbildung der Beschäftigten und ihrer beruflichen Entwicklung
- Förderung betriebsübergreifender Infrastruktur und Kooperation zur Kompensation betriebsgrößenbedingter Nachteile
- Sicherstellung einer für KMU's adäquaten Finanzmarktinfrastuktur und fairen Kreditversorgung, insbesondere betreffend den neuen „Basel II“ Standard.

Die gesamtwirtschaftlich notwendige Stärkung der Binnennachfrage ist für KMU's von besonderer Bedeutung, da sie in der Regel wesentlich stärker binnenmarktabhängig als die Großindustrie sind. Ergänzend zu den aufgeführten Themenschwerpunkten gilt es in der aktuellen mittelstandspolitischen Diskussion und Auseinandersetzung gewerkschaftliche Positionen einzubringen, so beispielsweise zur Reform der Unternehmensbesteuerung.

Der DGB ist aufgefordert, die Begleitung und Einflussnahme auf die nationale und europäische Mittelstandspolitik zu intensivieren. Dies erfordert die Zusammenarbeit mit den Strukturen des Handwerks, geht jedoch darüber hinaus und muß insbesondere den industriellen und dienstleistungsbezogenen Mittelstand zum Inhalt haben. Hierzu sind folgende Arbeitsschritte voran zu bringen:

- Eine systematische, regelmäßige und nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit zur Mittelstandspolitik, um die Platzierung der vorgenannten Themen in der medialen Kommunikation zu sichern.
- Die Initiierung KMU-bezogener Studien und Forschung und deren Koordinierung sowie Sicherung des Wissenstransfers.
- Der Aufbau einer systematischen Arbeitsstruktur unter Einbeziehung der Wissenschaft sowie gesellschaftlichen Organisationen.
- Die Intensivierung der politischen Lobbyarbeit zur Mittelstandspolitik auf nationaler und europäischer Ebene.

## **E 005 DGB-Bezirksvorstand NRW**

Beschluss des DGB-Kongresses:

**Angenommen als Material zu Antrag E 001**

### **Mit Energie Beschäftigung schaffen**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB fordert von Bund, Ländern und Energiewirtschaft ein nationales Energiekonzept, das der deutschen Wirtschaft die energiepolitischen Rahmenbedingungen für qualitätsorientierte Arbeitsplätze und Beschäftigung mit guten Einkommen langfristig sichert. Dazu gehören:

#### **1. Dauerhafter Erhalt des Steinkohlebergbaus, der nationalen Energiereserve für künftige Generationen**

Auch nach 2012 müssen dauerhaft mindestens 16 Mill. t Steinkohle in Deutschland gefördert werden, um:

- Versorgungssicherheit zu schaffen, statt verantwortungslos eine auf Jahrhunderte garantierte heimische Rohstoffquelle aufzugeben
- einen angemessenen Anteil des Brennstoffs für moderne, hocheffiziente Kohlekraftwerke zu gewährleisten
- der Stahlindustrie und ihren Kunden einen dauerhaften Beitrag zur Koks- und Kokskohlenversorgung zu garantieren
- der deutschen Bergbautechnik Referenzen auf dem Heimatmarkt zu ermöglichen, statt sie ins Kohle fördernde Ausland zu treiben.  
Im Steinkohlebergbau muss dauerhaft ausgebildet, qualifiziert und beschäftigt werden. Die Bergbaukompetenz darf nicht mit der der aktiven Generation verloren gehen.

#### **2. Ausbau der Braunkohle**

Die genehmigten und geplanten neuen Braunkohle-Tagebaue müssen politisch und administrativ abgesichert und zügig entwickelt werden. Die Braunkohlenförderung im Tagebau Garzweiler II muss in diesem Jahr beginnen dürfen.

Das nordrhein-westfälische Kraftwerkserneuerungsprogramm muss mit weiteren Braunkohlekraftwerken mit optimierter Anlagentechnik und klimafreundlichen Wirkungsgraden von deutlich über 40 Prozent fortgesetzt werden. Erforderlich sind dazu die Investitionsentscheidungen von RWE und unbürokratische, schnelle Genehmigungsverfahren.

Ein Energiemix für das 21. Jahrhundert ist ohne den heimischen Energieträger Braunkohle nicht möglich.

#### **3. Technologieführerschaft in der Kraftwerkstechnik**

Mit mehr als 30 Mrd. € Umsatz und einer Exportquote über 60 Prozent, erwirtschaftet von ca. 160.000 Beschäftigten bei 1.600 Firmen, ist die Energietechnik Nordrhein-Westfalens größter Technologie-Arbeitgeber. Doch nach jahrzehntelangem Investitions- und Forschungsstau ist der deutsche Technologievorsprung geschmolzen. Heute produzieren auch andere Lieferländer wie China auf dem Stand der Technik, z.B. überkritische Dampferzeuger.

Staatliche Energieforschungspolitik und ein kurz-, mittel- und langfristig angelegtes Kraftwerkserneuerungsprogramm müssen der deutschen Kraftwerkstechnik innovative Ziele setzen:

- 2006 reduzieren Steinkohlekraftwerke mit Wirkungsgraden über 45 Prozent die CO<sub>2</sub>-Emissionen
- Bis 2012 realisieren Steinkohlekraftwerke mit 700o-Technologie Wirkungsgrade über 50 Prozent.
- Bis 2020 ermöglichen Technologien wie Oxyfuel oder Kohlevergasung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung vor der Verbrennung die CO<sub>2</sub>-freie Kohleverstromung.
- In Photovoltaik und Solarenergie ist die Grundlagenforschung fortzusetzen.

- x. Die Kernenergiesicherheitstechnik muss weiter erforscht werden, besonders in Richtung auf prozessinhärente Unfallvorbeugung; wissenschaftliche Einrichtungen wie das Forschungszentrum Jülich dürfen auf diesem Feld nicht den Anschluss an die internationale Entwicklung verlieren. Bundes- und Landesregierungen müssen alle ordnungspolitischen Maßnahmen unterlassen, die Entwicklungs- und Beschäftigungsperspektiven in der Windkraftindustrie gefährden. In der Windkraft sind es gerade die Anwendungen von innovativsten Technologien im eigenen Land, die wesentlich die heute erreichte Exportstärke dieser Branche und ihrer Arbeitsplätze ausmachen. Nur wegen des hier möglichen Investitionsvolumens mit breiten Referenzanwendungen konnten Kompetenzen in NRW aufgebaut werden, die jetzt weltweit nachgefragt werden.

Die Unternehmen der Kraftwerkstechnik müssen Personalentwicklung als strategische Aufgabe begreifen und umsetzen. Weil sie es in der Vergangenheit unterließen, genügend Facharbeiter und Ingenieure auszubilden, droht die inländische Annahme von Kraftwerksneubau-Aufträgen heute am Fachkräftemangel zu scheitern.

#### **4. Emissionshandel muss Umwelt schützen statt Klimabelastungen zu verlagern**

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der EU-Kommission für eine faire und wettbewerbsneutrale Ausgestaltung des Emissionshandelsrechts über die Jahre 2008 und 2012 hinaus einzusetzen, die nicht zu Investitionsentscheidungen gegen Arbeitsplätze und industrielle Standorte in Deutschland führt und prozessbedingte Emissionen im erforderlichen Umfang von den Minderungszielen ausnimmt.

Kurzfristig fordert der DGB:

- den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Modernisierung des europäischen Kraftwerksparks und Technologieförderung massiv zu mindern
- den Handlungsrahmen für den Emissionshandelsektor erweitern - CO<sub>2</sub> - Emissionen müssen z.B. auch im Verkehr reduziert werden,
- beschäftigungswirksames wirtschaftliches Wachstum zu berücksichtigen,
- internationale Wettbewerbsverzerrungen durch den Emissionshandel zu vermeiden,
- Anreize für Modernisierung und Investition zu setzen,
- mehr Planungs- und Investitionssicherheit durch verbesserte Transparenz und vereinfachte Zuteilungsregeln zu schaffen,
- die Verwaltung zu vereinfachen und Kosten zu reduzieren,
- unerwünschte Nebeneffekte durch den Abgleich verschiedener energie- und umweltpolitischer Instrumente zu verhindern und
- unvermeidbare Auswirkungen auf den Strompreis zu vermeiden.

Mit den geeigneten Mitteln (z.B. CO<sub>2</sub>-Einfuhrzöllen) sind alle international konkurrierenden Standorte im vergleichbaren Maße an den Erreichung der Klimaschutzziele zu beteiligen.

Klimaschutzziele und -standards müssen international einheitlich gesetzt werden, statt mit deutschen oder europäischen Insellösungen Klimabelastungen lediglich zu verlagern.

**E 006            DGB-Bezirksvorstand NRW**

Beschluss des DGB-Kongresses:

**Angenommen**

**Zukunft statt Auslaufbergbau**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Deutschland braucht unsere Steinkohle. Der DGB unterstützt einen Steinkohlenbergbau, der Kraftwerke und Stahlindustrie zuverlässig versorgen kann, der den Zugang zu den Lagerstätten langfristig erhält, der die technologische Basis für die Bergbauzulieferindustrie sichert und der den Strukturbruch in den Revieren verhindert. Deshalb lehnt der DGB einen Auslaufbergbau und betriebsbedingte Kündigungen ab.

Der deutsche Steinkohlenbergbau ist unverzichtbar für unser Land. Er ist wichtiger Bestandteil des Energiemixes zur Sicherung unserer Energieversorgung. Er gibt 100.000 Menschen Brot und Arbeit. Er ist Grundlage für Spitzentechnologie bei Bergbaumaschinen und Kraftwerken. Einen Auslaufbergbau, wie ihn die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland wollen, lehnt der DGB- Bundeskongress deshalb ab. Er fordert Zukunft für die deutsche Steinkohle.